



Demonstranten protestieren vor dem Parlamentsgebäude in Skopje gegen die Namensänderung ihres Landes.

BORIS GRDANOSKI / AP

## Mazedonien heisst bald anders

Der neue Landesname öffnet den Weg zum EU-Beitritt

FRANZISKA TSCHINDERLE, SKOPJE

Boris Damovski, 59-jährig, blickt zum Gartentor hinüber. «Wenn ich dort hinausgehe», sagt er, «werde ich festgenommen.» Er sagt es nicht wütend, sondern mit einer gewissen Lässigkeit, ja fast mit Stolz. Damovski – ein grossgewachsener Mann mit weissem Bart, zerschissenen Jeans und Flip-Flops – sitzt auf seiner Terrasse in der mazedonischen Hauptstadt Skopje, trinkt Espresso und raucht eine Zigarette nach der anderen. Vor seinem Haus ist ein grosser Feigenbaum gepflanzt, drinnen stehen Designermöbel. Und in einer Schublade liegt eine Anklageschrift, die Damovski vorwirft, Mitglied einer terroristischen Organisation zu sein.

### Das Gesicht des Widerstands

Der Filmregisseur war monatelang das Gesicht der Nationalkonservativen. Sie stehen der VMRO-Partei des abgewählten Ministerpräsidenten Nikola Gruevski nahe, der Mazedonien über zehn Jahre lang regierte. Als nach der Pattsituation in den Dezember-Wahlen 2016 die Parteien der albanischen Bevölkerungsminderheit auf die Sozialdemokraten umschwenkten, war dies das Aus für Gruevski. Viele Anhänger wollten das nicht akzeptieren und gingen auf die Strasse – auch Damovski, der über Wochen Reden vor dem Parlament hielt. Jetzt steht er unter Hausarrest. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, am «blutigen Donnerstag» die Menge angestachelt zu haben. So

nennt man in Mazedonien den 27. April 2017, als ein Mob aus VMRO-Anhängern das Parlamentsgebäude stürmte. Mehr als hundert Menschen wurden verletzt. Damovski bestreitet, etwas mit der Gewalt zu tun gehabt zu haben. Er schmäht die neue Regierung als «landesverräterisch». Nicht nur weil sie den Albanern für ihre Unterstützung mehr Rechte einräumte, sondern auch weil sich Ministerpräsident Zoran Zaev mit Griechenland auf einen Kompromiss im Namensstreit einigte. Darüber wird am 30. September abgestimmt.

Es geht dabei um weit mehr als den neuen Landesnamen «Nordmazedonien». Kommt das Abkommen zustande, ist der Weg frei für die Mitgliedschaft des Landes in der Nato, und auch Beitrittsverhandlungen mit der EU werden möglich. Beides wurde bisher von Griechenland blockiert. Auch wenn die EU auf dem Balkan viel an Reiz verloren hat, halten 59 Prozent der Bürger Mazedoniens den Beitritt für eine gute Sache. «Wir warten seit über 13 Jahren auf EU-Verhandlungen. Kommt das Abkommen zustande, können wir im Juni 2019 endlich beginnen», sagt Bujar Osmani, der die Verhandlungen mit der EU führt.

Die Frage ist: Sind die Bürger bereit, den Namen ihres Landes für eine mögliche Mitgliedschaft zu ändern? Was wiegt mehr – der Nationalstolz oder die europäische Perspektive? Mit diesem Dilemma spielt die Oppositionspartei VMRO. Ihr Vizepräsident, der 35-jährige Aleksandar Nikoloski, hält das Abkommen für eine Mogelpackung. «Das be-

ginnt schon bei der Fragestellung», sagt er. Sie lautet: Unterstützen Sie Mazedoniens Weg in die EU und die Nato, indem Sie einen neuen Landesnamen akzeptieren? «Das ist unredlich», sagt Nikoloski, «denn es gibt auch Menschen wie mich, die einen EU-Beitritt wollen und gleichzeitig das Abkommen ablehnen.» Problematisch findet Nikoloski zudem, dass das Referendum nicht bindend ist. «Die Regierung hat Angst vor dem Resultat, deswegen ist sie nicht bereit, den Willen des Volkes in jedem Fall zu akzeptieren.»

### Die Regierung muss punkten

Ministerpräsident Zaev war vor anderthalb Jahren angetreten, Reformen anzustossen und mit Klientelismus und Korruption aufzuräumen. Ist das gelungen? «Die Medien sind freier als unter der VMRO, und die Menschen beginnen wieder, öffentlich ihre Meinung zu äussern», sagt der Politikwissenschaftler Nenad Markovic. Doch wirtschaftspolitisch habe Zaev abgesehen von höheren Steuern für Besserverdienende nichts Nennenswertes vorzuweisen. Er brauche bald sichtbare Erfolge. Weil innenpolitische Reformen schwierig sind und die eigene Klientel verärgern könnten, versucht er es auf der aussenpolitischen Bühne. «Zaev ist der erste Politiker, der sich traut, die Namensfrage anzutasten», sagt Markovic.

Den mazedonischen Nationalisten sind die ethnischen Albaner ein Dorn im Auge, weil sie als tendenzielle Ja-Stimmer gelten. «Die Stimmen der rund 300 000 Albaner werden das Referendum entscheiden», sagt Artan Grubi, ein Abgeordneter der albanischen DUI-Partei. Grubi beschreibt die Regierung als Brückenbauerin, die ein Mazedonien für alle schaffen und ethnische Spannungen abbauen wolle. Damit wehre sie sich auch gegen Russland. «Moskau will die ethnischen Konflikte in Mazedonien am Köcheln halten und so den EU- und den Nato-Beitritt verhindern.»

Hat Mazedonien als kleines Land in geostatisch heikler Lage überhaupt eine Alternative zum euroatlantischen Bündnis? «Nein», sagt der Politikwissenschaftler Markovic. Er beschreibt das Abkommen mit einer Metapher: «Der alte Name ist wie ein fauler Ast, den man abschneidet, um den Baum zu retten.» Für die Opposition funktioniert das Bild genau andersherum: «Die Änderung des Namens ist ein Angriff auf unsere Identität, den wir abwehren müssen», sagt Damovski auf seiner Terrasse, die er nicht verlassen darf.

Franziska Tschinderle ist freie Journalistin mit Schwerpunkt Südosteuropa.

## Wie China die Uiguren unterdrückt

Peking betreibt in Xinjiang zahlreiche Erziehungslager

Ein Bericht von Human Rights Watch zeichnet ein düsteres Bild der Menschenrechtslage in der chinesischen Provinz Xinjiang. Peking soll mit massiver Repression gegen muslimische Minderheiten vorgehen.

FABIAN URECH

Wieso er festgenommen wurde, hat Nur nie erfahren. Die fünf chinesischen Polizisten, die den Uiguren eines Morgens abführten, sprachen vage von einer «Gefährdung der Staatssicherheit». Einen Haftbefehl wiesen sie nicht vor, weder einen Anwalt noch seine Familie durfte er benachrichtigen. «Stattdessen zwangen sie mich, verschiedene Dokumente zu unterschreiben», sagt Nur. Damit verpflichtete er sich, mit niemandem über die Zeit seiner Inhaftierung zu sprechen.

Laut Human Rights Watch (HRW) gehören solche Szenen in der Provinz Xinjiang im Westen Chinas inzwischen zum Alltag. Ein neuer Bericht der Menschenrechtsorganisation, der auf Interviews mit Dutzenden uigurischen und kasachischen Flüchtlingen aus der Region basiert, bietet den bisher detailliertesten Einblick in die zunehmende Repression, mit der Peking gegenüber muslimischen Minderheiten vorgeht. Laut Schätzungen der Uno sollen in der Provinz inzwischen bis zu eine Million Uiguren und andere turkstämmige Muslime in Erziehungslagern festgehalten werden.

### Politische Indoktrinierung

Nur, der zu den Befragten im Bericht gehört und inzwischen im Ausland lebt, landete nach seiner Inhaftierung ebenfalls in einem Erziehungslager. Der Muslim spricht – wie die meisten anderen Ex-Häftlinge, die HRW befragte – von überfüllten Zellen, massiv eingeschränkter Religionsfreiheit sowie poli-



tischer und kultureller Indoktrinierung. Vor jedem Essen hätten sie Loblieder auf die Kommunistische Partei singen und sich bei Präsident Xi bedanken müssen, sagt er in dem Bericht. Die Verwendung arabischer Wörter sei verboten gewesen, genauso der Besitz des Korans. Zuwiderhandlungen hätten harte Sanktionen nach sich gezogen.

Einmal sei er mit Einzelhaft bestraft worden, wo er während 24 Stunden kein Essen und Trinken erhielt und ständig aufrecht habe stehen müssen. Ein anderes Mal hätte man ihn mit einem Haken ans Bett gefesselt. «Die Gefängniswärter sagten uns, dass wir Uiguren und Kasachen die Feinde Chinas seien, dass sie uns zum Leiden bringen und töten wollten und dass wir nichts dagegen tun könnten», so wird Nur in dem Bericht zitiert. Ein anderer ehemaliger Gefangener sagte gegenüber HRW: «Die Regierung will alles Muslimische ausrotten: muslimische Schriften, muslimische Kleidung, den Islam an und für sich. Sie wollen eine homogene Nation, jeder soll und muss Chinese sein.»

Die chinesische Regierung begehe in Xinjiang Menschenrechtsverletzungen in einem Ausmass, wie es das Land seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt habe, sagt Sophie Richardson, eine der Autorinnen

des Berichts. Immer häufiger würden die Behörden Masseninhaftierungen vornehmen und die Betroffenen für unbestimmte Zeit festhalten, sowohl in regulären Haftanstalten als auch in Erziehungslagern.

### Umfassender Überwachungsstaat

HRW hält die Schätzungen einer Uno-Kommission, nach denen inzwischen rund ein Zehntel der Bevölkerung Xinjiangs in solchen Lagern inhaftiert sei, für plausibel. Erst vor einem Monat hatte die Kommission darauf hingewiesen, dass die Zahl der inhaftierten Uiguren jüngst rapide angestiegen war. Die Region sei in «eine Art riesiges Internierungslager» umgewandelt worden, hatte Kommissionsmitglied Gay McDougall gesagt. Laut dem deutschen China-Experte Adrian Zenz handelt es sich bei den aktuellen Vorgängen in der westlichsten Provinz Chinas um eine in dieser Grössenordnung beispiellose Erziehungsmassnahme, die beabsichtige, «den Identitätskern und das Glaubenssystem eines ganzen Volkes zu ändern».

Ein zentraler Pfeiler des Repressionssystems in Xinjiang ist der Ausbau der staatlichen Kontrolle. In den letzten Jahren hat die Kommunistische Partei die Überwachung der Bevölkerung in der Provinz massiv verschärft. Journalisten, die die Region jüngst besucht haben, sprechen von einem immensen Aufgebot an Sicherheitspersonal, von einem dichten Netz von Kontrollposten und einem Überwachungsdispositiv, das an einen Hochsicherheitstrakt erinnert. HRW spricht in dem Bericht von über einer Million Polizisten und Beamte, die «die durchdringende und ständige Überwachung» der Bevölkerung in Xinjiang sicherstellten. Die Kontrollen seien so umfassend, dass es für die Bewohner der Provinz bald keinen Unterschied mehr mache, ob sie sich inner- oder ausserhalb eines Erziehungslagers aufhielten. Möglich mache dies nicht zuletzt der Einsatz modernster Technik. Dazu gehören mit Gesichtserkennung ausgerüstete Videokameras auf Strassen und öffentlichen Plätzen, aber auch per Smartphone aufgezeichnete Kommunikations- und Bewegungsprofile.

### Peking weist Vorwürfe zurück

Peking bestreitet, dass in Xinjiang Menschenrechte verletzt werden. Im Menschenrechtsrat in Genf wies eine Delegation aus Peking die Vorwürfe bezüglich übermässiger Gewaltanwendung und willkürlicher Verhaftungen bereits Mitte August energisch zurück. Auch die Berichte über die Erziehungslager seien «vollkommen unwahr». Vielmehr handle es sich um Berufsbildungszentren, die Teil einer Initiative seien, das Wirtschaftswachstum und die soziale Mobilität in der Region zu stärken. Seit langem begegnet Peking der Kritik an der Repression in Xinjiang zudem mit dem Hinweis, die Massnahmen seien wegen der Gefahr des islamistischen Extremismus gerechtfertigt und verhindert, dass Xinjiang zu «einem neuen Syrien oder Libyen» wird.

International dürfte die Kritik an Pekings Umgang mit den muslimischen Minderheiten weiter zunehmen. HRW fordert in dem Bericht gezielte Strafmassnahmen gegen China. Die internationale Gemeinschaft müsse die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang zur Rechenschaft ziehen. Selbiges hatten jüngst auch sechzehn amerikanische Kongressabgeordnete in einem Schreiben ans Weisse Haus gefordert. Und am Montag appellierte Michelle Bachelet, die neue Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, an die Führung in Peking, sie solle wegen der «zutiefst verstörenden» Berichte über Erziehungslager Beobachter ins Land lassen. Beeindrucken lässt man sich davon in Peking indes kaum. «Wir erinnern die Uno-Hochkommissarin daran, Chinas Souveränität zu achten», teilte ein Sprecher des chinesischen Ausserministeriums am Dienstag mit.